

Der Bereich Politik- und Verwaltungsberatung des **Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV)** sucht zur Verstärkung für die Arbeitseinheiten Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation (InGFA), Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC) und das Institut für Verwaltungsreform (InVR) zum frühestmöglichen Zeitpunkt am Dienstort Berlin eine/n

Juristin/Juristen (w/m/d)

in Vollzeitbeschäftigung (nach Wunsch auch in Teilzeitbeschäftigung) für zunächst drei Jahre.

Das FÖV führt im Auftrag von Politik und Verwaltung Projekte zu unterschiedlichen Themen durch. Neben der Evaluation von Gesetzen und Maßnahmen bietet das Institut Beratungsleistungen im Bereich der Staats- und Verwaltungsmodernisierung für Bund und Länder an (<http://www.foev-speyer.de/de/beratung.php>).

Des Weiteren überprüft das FÖV im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekts „Kompetenzzentrum Jugend-Check“ (KomJC) Gesetzentwürfe der Bundesregierung im laufenden Gesetzgebungsverfahren auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen (www.jugend-check.de).

Die ausgeschriebene Stelle sieht grundsätzlich eine Mitarbeit in allen oben genannten Themenbereichen vor, wobei die Unterstützung des KomJC den Tätigkeitsschwerpunkt bilden wird.

Tätigkeitsprofil:

- Erstellung methodisch fundierter Analysen aktueller Referentenentwürfe der Bundesministerien und Abschätzung möglicher Auswirkungen auf junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren („Jugend-Checks“), Vorbereitung der im Rahmen des „Jugend-Checks“ stattfindenden Gremiensitzungen, Mitwirkung an der Weiterentwicklung des „Jugend-Checks“ als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument (z.B. durch Veranstaltungsorganisation, Durchführung von Schulungen, Erstellung von Arbeitshilfen)
- Mitwirkung an der Erstellung wissenschaftlicher Gutachten für Parlamente und Ministerien
- Rechtliche Bewertung der Ergebnisse empirischer Erhebungen
- Mitwirkung an der Entwicklung von Evaluations- und Reformkonzepten
- Vorbereitung und Teilnahme an Projekttreffen (z.B. mit Bundes- und Landesministerien)
- Mitwirkung an der Projektakquise

Anforderungsprofil:

- Mindestens 1. juristisches Staatsexamen mit 8 Punkten, bei Bewerberinnen/Bewerbern mit 2. Staatsexamen aus beiden Staatsexamina zusammen mindestens 15 Punkte
- Sehr hohes Maß an Teamfähigkeit
- Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten in einem interdisziplinären Umfeld
- sehr gute analytische und kommunikative Fähigkeiten
- sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- ausgeprägtes Verständnis für politische Zusammenhänge
- Interesse an jugendspezifischen Fragestellungen und jugendpolitischen Themen; Erfahrungen im jugendpolitischen Bereich sind erwünscht
- Bereitschaft zur Einarbeitung in neue Themenfelder
- Bereitschaft zu gelegentlichen Dienstreisen innerhalb Deutschlands

Wir bieten:

- abwechslungsreiche Tätigkeit der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Verwaltung
- Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung auf Bundes- und Landesebene
- Vergütung nach E 13 TV-L
- teamorientierte Zusammenarbeit
- Möglichkeit zur Promotion
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt. Das FÖV ist bestrebt, den Anteil der Frauen im wissenschaftlichen Bereich zu erhöhen. Entsprechend qualifizierte Frauen werden daher besonders gebeten, sich zu bewerben.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Motivationsschreiben, Zeugnisse) richten Sie bitte in ausschließlich elektronischer Form (**im PDF-Format und in einer Datei**) unter Angabe der **Kennziffer 3420 bis zum 20. November 2020** an: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer (bewerbung@foev-speyer.de). Fragen zu Inhalt und Perspektiven der Stellen richten Sie bitte an Herrn Prof. Dr. Ziekow (ziekow@foev-speyer.de).

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung.